

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Am Dresden Nr. 31502
Tel. Nr. 1: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Post-Rente: 10 Pf. Deutsche Kredit-Anstalt, Dresden
Postfach-Rente: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Gostewitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.
Erscheinet täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und Amst Kur- und Fremdenliste. Bezugspreis: Monatlich 2,400.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten 2,500.—. Einzelverkaufspreis: 20 Pf. Für alle über den gewöhnlichen Preis hinausgehenden Aufträge, die der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Blasewitz. Bei unvollständigen Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.
Anzeigen werden die 6spaltigen Petit-Zeile mit 20. 250.—, berechnet, Restamen die 4spaltigen Zeile mit 20. 230.—. Anzeigen und Restamen mit Plakatschriften und schwierigen Sorten werden mit 30 Prozent Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigen-Nahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Einmaliger Rabatt gilt als Kassenzahlung und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einschlebung der Anzeigenbeiträge fällt der bemittelte Rabatt fort.

Nr. 97 Blasewitz, Donnerstag, 26. April 1923 85. Jahrgang.

Der passive Widerstand als politischer Drehpunkt.

Berlin, 26. April. Am Mittwochmorgen um fünf Uhr fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit der Reparationsfrage und den von der Reichsregierung beschlossenen Schritten befaßte. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich im Laufe des Freitag die Parteiführer zu einer Redeempfehlung und die von dem Inhalt ihrer Entschlüsse in Kenntnis setzen. Man spricht davon, daß die Note der Reichsregierung Ende der Woche abgehen könne.

Berlin, 25. April. Nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen der Reparationsfrage über die durch die Entente geforderte Lage wird man damit rechnen, daß eine sehr rasche oder gar überhäufige Aktion des Kabinetts nicht in Frage kommt. Fast steht allerdings nach der genannten Erklärung der Entente, daß das Kabinett einen Schritt unternehmen wird, der als Antwort auf die Forderungen der Entente zu verstehen ist. Man ist sich nicht sicher, ob dieser Schritt die Form einer Note haben wird, die sich an die Gesamtheit der Entente richtet. Neben dem Inhalt der Note kann auch nicht nur festgesetzt werden, daß das Kabinett seine bisherige politische Linie kaum umändern und infolgedessen nicht mit einem neuen, allernäherst bereiteten Angebot hervortreten wird, vielmehr dürfte die geplante Note an die bisherigen Angebote der Entente anknüpfen. Bevor aber irgendwelche Schritte unternommen werden, lassen sich die verschiedenen Parteien nicht abstimmen. Die Entscheidung über die Form der Note wird im Kabinett im nächsten oder nächsten Tag in der Form der passiven Widerstand nicht abgebrochen werden darf.

London, 25. April. Reuters meldet aus Paris: Frankreich behält als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen darauf, daß Deutschland von seiner Politik des passiven Widerstandes vollständig ablassen muß.

Der Londoner „Morning Post“ schreibt: Der Guardian in London schreibt jedoch, der passive Widerstand, den die Arbeiter jeder Nation entgegennehmen würden, die von ihnen verlangt, daß sie, wenn auch nur für ganz kurze Zeit, mit den Reparationsbehörden zusammenarbeiten sollten, sei ein Faktor, der nicht übersehen werden dürfe. Die Arbeiter erklärten, daß wenn sie einmal die Waffe der Passivität aus der Hand gegeben hätten, sie niemals wieder benutzen könnten. Die Franzosen würden das Geheimnis der erlangten kompromittierten Maschine entdecken und dann irgendeinen Vorwand finden, um sie für unbeschränkte Zeit in Händen zu halten.

Das Verhalten Deutschlands und die Forderung Frankreichs in der Frage des passiven Widerstandes erklärt sich von selbst. Das Aufgeben des Widerstandes ist das Einverständnis der Schwäche des Kennzeichens der Niederlage Deutschlands kann nach Lage der Dinge gar nicht ausbleiben, daß es in dem Kampfe gegen die Entente unterlegen sei und Poincaré hat oft genug betont, daß Deutschland kapitulieren würde, bevor es Verhandlungen aufnehmen werden könne. Wenn also Frankreich trotz fortgesetzten passiven Widerstandes zum Verhandlungstische sitzt, bedeutet das eine Niederlage der Poincaré-Politik. Die Poincaré nicht annehmen will, obwohl sie wieder mit den Entente übereinstimmt als die von ihm gewünschte Niederlage Deutschlands. Wie nun diese Gegenständlichkeit sich ausdrücken soll, ist vorläufig noch eine sehr offene Frage. Nichts ist, was der „Morning Post“ schreibt: Das Niederlegen des passiven Widerstandes könnte die Franzosen an der Ruhr hindern, entschlüsselt und die Möglichkeit, ihn wieder aufzunehmen — und aus dieser Erkenntnis ergibt sich für uns das Notwendige.

Industrie und Reparationen.

Berlin, 26. April. Der Vormarsch berichtet: Am gestrigen Vormittag trat der Reichsausschuss der deutschen Industrie im Reichstage zur Beratung der Reparationsfrage

zusammen. Die Sitzung war durch die am Dienstag erfolgten Besprechungen des Reichsausschusses mit der Industrie veranlaßt. Sie galt insbesondere der Reparationsfrage, der aufstrebend die Reichsregierung für ihr neues Angebot an die Reparationskommission besondere Bedeutung beilegt. Wie es heißt, soll man in Reparationsfragen jetzt mehr an der Ansicht sein, daß ein festes Rahmenangebot unumgänglich sei, weil die französische Regierung nach einer dieser, die der deutschen Reparationsfähigkeit entsprechen würde, sofort einen Entschlusseselbstaus organisieren und alle Verhandlungen ablehnen würde.

Gegen die Ruhrpolitik Poincarés.

Paris, 26. April. Der Generalrat des Departements Haute-Saône hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Entschließung angenommen. Vor der Abstimmung entfernte sich der Präsi. Die Entschließung geht davon aus, daß das höhere wirtschaftliche Gebot der Franzosen nur durch eine an den endgültigen Frieden und die vollständige Abwicklung gerichtete Politik zu erzielen wäre.

Eine englisch-russische Krise.

Paris, 26. April. „Reussport Herald“ berichtet aus London, daß die Beziehungen Englands zu Sowjet-Rußland an einem kritischen Punkt angelangt seien. Eine erste Note sei nach Moskau unterbreitet. Sollte eine Antwort darauf in der Form einer Note kommen, so dürfte man wohl mit einem Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern rechnen. Im Kabinett sei die Meinung für einen unmittelbaren Abbruch der Beziehungen, besonders nach der Hinrichtung des Präsidenten Putschisten, und in den letzten 10 Tagen hat diese Bewegung große Fortschritte gemacht. Nur der Ministerpräsident und einige andere Minister seien zu warten. Gestern erklärte Mac Donnell im Unterhause namens der Regierung, daß die Haltung Sowjetrußlands Empörung hervor-

gerufen habe, und daß man in Kürze eine Entschlusseselbstaus an die Moskauer Regierung senden werde. Diese Mitteilung wurde mit Beifall aufgenommen. Nur die Mitglieder der Arbeiterpartei protestierten. Vielleicht wäre es schon zu einem Abbruch der Beziehungen zu Rußland gekommen, wenn nicht England befürchtet hätte, daß Deutschland die neue Lage zur Bereinigung seines wirtschaftlichen Zusammengehens mit Rußland benutzen würde.

Reichsbehörden und 1. Mai.

Berlin, 25. April. Die Reichsregierung hat hinsichtlich des Dienstes der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und der Reichsbetriebe für den 1. Mai folgende Regelung getroffen: In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch in den Reichsbehörden und -betrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen.

Die örtlichen Zulagen für Beamte.

Berlin, 25. April. Im Reichsfinanzministerium sind jetzt die Verhandlungen über die örtlichen Sonderzulagen für Beamte zum Abschluß gebracht worden. Sie hatten sich über zwei Monate hinweggezogen und außerordentlich schwierig gestaltet. Der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Orte entsprechend, sollen mit rückwirkender Kraft ab 1. März als örtliche Sonderzulage an dem Grundgehalt und Ortszuschlag Sätze von 20 bis 424 Prozent gemährt werden. Den höchsten und die nächsthöheren Sätze erhalten die Orte im besetzten Gebiet und den angrenzenden Landesstellen. Im besetzten Gebiet ist für die örtliche Sonderzulage eine völlige Neueinteilung der Orte erfolgt. Im nichtbesetzten Gebiete beschränkt sich die Neueinteilung nur auf einige Großstädte und deren Vororte.

Die Rechtsbrüche der Rheinlandkommission.

Berlin, 25. April. Die deutsche Regierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel eine Note überreichen lassen, in der sie gegen die Verordnung 356 der Interalliierten Rheinlandkommission vom 22. März d. J. Stellung nimmt, da diese die deutsche Justizvollmacht völlig durchbricht und allen Anschauungen über eine geordnete Rechtsprechung zuwiderläuft. Zweck der Verordnung ist in erster Linie der Schutz aller jener Elemente, die sich gegenüber den französisch-belgischen Gewaltmaßnahmen gefällig erwiesen haben. Die Aburteilung von Bedrohungen, tätlichen Verleumdungen und sonstigen Gewalttätigkeiten gegen Personen, die unter dem Schutze dieser Verordnung stehen, soll der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen und ausschließlich der Gerichtsbarkeit der alliierten Militärgerichte zugewiesen werden.

Die interalliierte Rheinlandkommission erleichtert ihren Schützlingen auch die Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche, indem sie sich selbst und die von ihr bezeichneten Organe als erste und letzte Instanz hinstellt. Für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche gegen die Täter der oben bezeichneten strafbaren Handlungen, soweit die geschützten Personen Schäden infolge von öffentlichen Unruhen oder von strafbaren Handlungen einer zusammengewürfelten Menge erlitten haben, wird die betreffende Gemeinde, unter Umständen sogar der betreffende Landkreis, zur vorläufigen Zahlung des von der interalliierten Rheinlandkommission festgelegten Schadenersatzes verpflichtet erklärt. Diese Verordnung steht in schroffem Wider-

spruch zum Artikel 3 des Rheinlandsabkommens, der grundsätzlich bestimmt, daß die deutschen Gerichte in bürgerlichen und in Strafsachen die Gerichtsbarkeit ausüben, und hieron nur zwei Ausnahmen zugunsten der Militärgerichtsbarkeit der interalliierten Truppen zuläßt. Die deutsche Regierung legt gegen diese rechts- und vertragswidrige Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission Verwahrung ein.

Ein Protest der Gewerkschaften.

Essen, 25. April. Die Blätter melden aus Dortmund: Die Gewerkschaften aller Richtungen haben an General Deputate ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Verleumdungen im Ruhrgebiete protestiert wird. In dem Protest heißt es u. a.:

Durch Verhängung des Verzehrs im besetzten Gebiet erhält die Bevölkerung im besetzten Gebiete, die im unbesetzten Teile Deutschlands Verzehrsstoffe und anderes nicht mehr. Die Ernährung wird dadurch erheblich erschwert. Die Not wird größer, und das große Sterben nimmt zu, da auch der Verkehr mit Heilmittelpaketen nicht erlaubt ist. Die familiären und gesellschaftlichen Beziehungen sind durch das kulturwidrige Verbot unterbrochen. Gegen diese Eingriffe in den Verkehr erheben wir schärfsten Protest. Wir hoffen die sofortige Aufhebung dieser Maßnahme.

Wichtige Ereignisse.

Im Reichstage entwickelten sich gestern bei Beratung des Verfassungsdiskussionsgesetzes für die Sozialdemokraten grifflige Angriffe zur Aburteilung und machten das Haus beschlußunfähig.

Frankreich verlangt, daß vor etwaigen Verhandlungen der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgegeben wird. Deutschland vertritt die gegenwärtige Ansicht.

Wegen der Unterbindung der deutschen Aufrüstung durch die Abhaltung der Konferenz hat das Reich eine Protestnote erlassen.

In Italien wurde eine Verlesung aufgedeckt, die sich gegen Mussolini richtete.

Keine Rücksichten.

Einen Kommentar zur Erhöhung des Reichsbankdiskonts zu schreiben, ist überflüssig. Reichsbankpräsident Hagenstein hat ihn selbst gegeben, und zwar in Worten und Sätzen, die an Schärfe wie an dekadenter Adressierung nichts zu wünschen übrig lassen. Hagenstein's Rede aber zu unterstreichen und zu erläutern, erscheint uns durchaus nicht umwünscht.

Der Reichsbankpräsident befand sich in der Lage eines Mannes, der ein wohlüberdachtes Rettungsnetz für das ihm vorher alle mögliche Unterstützung zugesagt worden war, durch Sabotageakte — ausgeliefert gerade von den angeblich „Hilfsbereitern“ — dem Zerfall preisgegeben sieht. Soll es davon bewahrt und trotz der Widerstände einem guten Ende zugeführt werden, so müssen nun drastische Mittel helfen. Ein solches Mittel ist die Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

Im Rückblick ist folgendes festzuhalten: Mehr als je zuvor besteht zwischen den einzelnen wirtschaftlichen und politischen Faktoren eine Zwangsverflechtung, die aus mir, in einer reibungslosen Enge sich findenden, den Verhältnissen sich erklärt. Wir können unsere Verpflichtungen aus dem Friedensverträge nicht erfüllen und deshalb auch zu untern früheren Krisenmomenten keine besseren Beziehungen herstellen, weil wir kein stabiles eigenes Zahlungsmittel mehr besitzen. Die Mark aber kann nicht stabilisiert werden, wenn nicht die Währungsreform der Reichsbank einen starken Rückhalt findet in einem für Ausgleichsbeziehungen dissonanten Devisenfonds. Diesen Fonds suchte die Reichsbank sich zu schaffen durch die Dollar-Anleihe. Als der Plan erörtert wurde, fand er Zustimmung beim Großhandel, bei den Banken wie bei der Schwerindustrie. Als er zur Ausführung gebracht wurde, liefen gerade diejenigen Kreise, welche große Devisenbestände im Besitze haben, Reich und Reichsbank im Stich! Die kleinen Zeichnungen auf die Dollaranleihe übermühten, und nur hier oder da fand sich auch eine „Anstands“-Zeichnung in mittlerem Betrage von großen Firmen. Der Enthusiasmus legte sich über das Vaterlandswort hinweg und schärfere nicht nur die Stabilisierungsaktion für die Mark, sondern in Zwangslage wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge auch gleichzeitig den Abschluß des Abkommens mit Ruß!

Hier können keine Rücksichten mehr genommen werden, das sind wir als Volk uns schuldig. Der Jörn über das Verhalten der Devisenbesitzer, der aus Hagenstein's Rede klang, hat längst in weiten Volkskreisen, soweit sie über Politik und Wirtschaft auch nur einigermaßen klar denken, ähnliche Verdammsurteile gesprochen. Gut war es aber, daß dieses Urteil auch einmal von einer Stelle kam, die in der Lage ist, dem Urteile durch die Tat Nachdruck zu verleihen. Es ist ja allbekannt, daß Kredite in vielen Fällen nicht dazu aufgenommen werden,